

UNMÖGLICH, ZUR UKRAINE KEINE MEINUNG ZU HABEN

EINE KRISE ALS WENDE- UND STREITPUNKT

Von Tiina Fahrni

«Mit dem Referendum auf der Krim wurde ein Schlussstrich unter eine Epoche gezogen, die 25 Jahre angedauert hatte. Das schnelle Zerbröckeln der Sowjetunion bezeichnete das Ende der Träumereien von gleichberechtigter Annäherung und befruchtendem Ideenaustausch. Die Deutungshoheit über Wertvorstellungen und Regeln der internationalen Beziehungen ging an die Siegerseite.»¹ Mit diesem Fazit erfasst Fjodor Lukjanov, Chefredakteur der Zeitschrift *Russland in der globalen Politik*, bereits im März 2014 das Ausmaß der Ukraine-Krise für Russland im internationalen Kontext. Einen weiteren Schlussstrich erblickt er in den Sanktionen des Westens: «Seit dem Ende des Kalten Krieges gründet der Dialog Russlands mit dem Westen, in erster Linie mit Europa, auf der Annahme, dass Russland früher oder später zu einer erweiterten «westlichen Gemeinschaft» gehören würde. Demzufolge wurde die Idee der strategischen Partnerschaft beibehalten, was die Unabdingbarkeit, wenn schon nicht aufrichtigen Vertrauens, so doch seiner Nachahmung, nämlich beidseitigen Stillschweigens, voraussetzte. Mit der Einführung der Sanktionen wurde darunter ein Schlussstrich gezogen».²

Das Ausmaß der Geschehnisse, die Ende 2013 auf dem Platz der Unabhängigkeit in Kiew eingeläutet wurden, ist in Russland allgegenwärtig, ohne dass es genau bestimmt werden könnte. Über die Beziehungen Russlands zur EU oder gar den USA wird kein Wort geschrieben, in dem nicht das Bewusstsein einer grundlegenden Veränderung mitschwingt. Die Entwicklungen auf dem Gebiet der Ukraine selbst werden mit großer Besorgnis verfolgt. Georgij Bovt bezeichnet das Geschehen im Südosten als hybriden Krieg, dessen Ziele unklar seien: «Der hybride Krieg ist lediglich im Vergleich zum offenen Krieg gut, kann aber auch nicht lange andauern. Schlecht ist er, weil es keinen Plan gibt, wie er beendet werden kann, da es von Beginn an keine klar umrissenen und, vor allem, bewussten Ziele gab. Wie sieht denn ein «Sieg» aus in diesem seltsamen Krieg? Die taktischen Ziele verändern sich ständig. Moskau, das sich nach wie vor nicht zur unmittelbaren Beteiligung bekennt, hat seine Wünsche schwammig formuliert: Die Autonomie der östlichen Regionen und (stillschweigend) Blockfreiheit für die Ukraine. Betreffend die Ukraine wird kein «großer Deal» angestrebt oder vom Westen vorgeschlagen. Auch da ist es mit der Zielsetzung nicht weit her: Eine Rückkehr zur Situation von 2013 ist illusorisch. Während Bereitschaft signalisiert wird, über die Berücksichtigung der Interessen Russlands beim EU-Ukraine-Assoziationsabkommen zumindest zu reden, hört man aus Brüssel zustimmende Kommentare zu einer ukrainischen NATO-Beitrittsperspektive – auch diese Variante komme nun mal in Frage. Es gibt zwar Lippenbekenntnisse zu Russlands Interessen, aber niemand bereitet ein neues Jalta vor.»³

Gleb Pavlovskij, Publizist und ehemaliger Berater der Präsidentschaft, erkennt als Auslöser der Krisen verschiedene Ausprägungen derselben Erscheinung: «Im Osten materialisierte sich das allgemeine Misstrauen von Bürgern ukrainischer Regionen gegenüber dem ukrainischen Staat – auf andere Art als auf dem Euromajdan in Kiew. Nachdem sie sich in den Botschaften aus Kiew nicht wiederfinden konnten, fanden sie ihre Sprache im russischen Mediendiskurs. Ich bin überhaupt nicht einverstanden mit der Definition der ukrainischen Revolution als faschistische Revolte. Aber diese Revolution ist meines Erachtens ausgeartet. Jede Revolution gebiert auch Ungeheuer, und so hat die ukrainische liberale Revolution Ungeheuer

¹ <http://www.gazeta.ru/comments/column/lukyanov/5952017.shtml>

² <http://www.gazeta.ru/comments/column/lukyanov/6262697.shtml>

³ <http://www.gazeta.ru/comments/column/bovt/6198421.shtml> Georgij Bovt ist Politologe mit Schwerpunkt Internationale Beziehungen und schreibt regelmäßig für das Nachrichtenportal gazeta.ru

hervorgebracht, die den Osten des Landes erschreckten. Es versteht sich, dass Russland diese Gelegenheit, auf Kiew und den Westen Druck auszuüben, genutzt hat, um seine Stellung in diesem Teil Eurasiens nicht einzubüßen. Aber der Prozess geriet außer Kontrolle, und zwar für alle – sowohl Russland als auch Europa. Obama gießt lediglich Öl ins Feuer.»⁴

Linke Gruppen und Bewegungen in Russland beschäftigen sich seit über einem Jahr genauso intensiv mit den Geschehnissen in der Ukraine und ihrer Interpretation, wie dies in den Medien und in der Gesellschaft allgemein geschieht. Nicht selten hat diese Beschäftigung zu Spaltungen geführt, die mitunter mitten durch die Organisationen hindurchgehen. Die nichtparlamentarischen Linken betrachteten die Proteste auf dem Kiewer Majdan zu Beginn noch mehrheitlich durch ein positives Prisma, das aber an den Nachrichten über die nationalistische Grundstimmung zerbrach. Keine Unterstützung findet die jetzige Kiewer Regierung. In der Einschätzung der Kräfte in den selbsternannten Volksrepubliken Donezk (DNR) und Lugansk (LNR) herrscht Uneinigkeit.

Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF), in der Staatsduma mit zwanzig Prozent der Sitze zweitstärkste Kraft, unterstützt die Ukraine-Politik von Präsident Vladimir Putin. In der Partei wird betont, der Dissens in innenpolitischen Fragen und das Agieren als Oppositionspartei stünden in keinem Widerspruch zum seit längerem bekannten außenpolitischen Konsens. Die Partei organisiert seit Monaten unabhängige Hilfsgütertransporte in die Regionen Donezk und Lugansk. Mit einem internationalen Unterstützungsauftrag wandte sich der langjährige Parteivorsitzende Gennadij Sjuganov gegen das Verbot der Kommunistischen Partei der Ukraine. Der Stellvertretende Vorsitzende Ivan Melnikov fasste auf einem Plenum im April 2014 wie folgt zusammen: «Wir haben gesehen, wie ein gereifter, gerechtfertigter Bürgerprotest gegen korrumpierte Oligarchen sich nicht in eine soziale Revolution ergoss, und wurden Zeugen einer rasanten und tragischen Umwandlung realen Protestpotenzials in eine typische «farbige Revolution», die, unter der Führung Washingtons, zu einem Staatsstreich führte. Vladimir Putin sandte ein wichtiges Signal, als er sagte, Russland wolle, dass die Ukraine ein starker und souveräner Staat sei, und die Krim gemeinsames Erbe darstelle. Wir Kommunisten aber müssen den Ukrainern ein anderes Signal senden: Nicht nur die Krim, sondern auch unser Kampf ist uns gemein. Der Kampf der Arbeitenden um ein würdiges Leben. Und das ist der Punkt, an dem wir dem bürgerlichen Patriotismus der russischen Elite und dem primitiven Nationalismus Kiews einen anderen Patriotismus entgegensetzen müssen: Einen Patriotismus, der nicht von den Idealen sozialer Gerechtigkeit zu trennen ist.»⁵

Die beiden international wohl bekanntesten linken Denker Russlands, Aleksandr Buzgalin und Boris Kagarlitzkij, mit deren Organisationen *Alternativy* (Alternativen) und *IGSO* (Institut für Globalisierung und soziale Bewegungen) die Rosa Luxemburg Stiftung seit Jahren zusammenarbeitet, nehmen in der Ukraine-Frage unterschiedliche Positionen ein. Aleksandr Buzgalin hält ein dialektisches Vorgehen bei der Analyse für den einzig angemessenen Zugang. Das Recht auf demokratische Selbstbestimmung macht er ebenso geltend für die Majdan-Demonstranten, die gegen Oligarchie und Bürokratie protestierten, wie für die Bewohnerinnen und Bewohner der Krim sowie der Regionen Lugansk und Donezk. Dass rechtsliberale und – nationalistische Führer den Majdan usurpiert haben, hält er für ein Verbrechen, und verurteilt den Massenmord an Bewohnern der Regionen Lugansk und Donezk durch diese Kräfte. Faschistische Ideologie und Symbolik müsse sowohl in der Ukraine, als auch in Russland und den Regionen Donezk und Lugansk verboten werden. Der sozioökonomische Charakter der Geschehnisse und die innenpolitischen Ziele sollten viel stärker in den Vordergrund rücken als geopolitische Interessen der Ukraine, der EU, der USA, von *Novorossija* und Russlands, so Aleksandr Buzgalin. Wichtig sei der Kampf für basisdemokratische, soziale und wirtschaftliche Rechte, und zwar überall. Dabei erkennt Buzgalin gerade in den Volksrepubliken neue Formen des sozialen und wirtschaftlichen Lebens, die progressiver seien als in Russland und für die es sich einzusetzen lohne.⁶

Boris Kagarlitzkij hält den Majdan-Demonstrationen, die er mit den Protesten der Jahre 2011 und 2012 in Russland vergleicht und letztlich als einen Aufstand der Mittelklassen identifiziert, die in eine Unabhängigkeitsbewegung gemündeten Proteste im Osten des Landes entgegen, und bezeichnet sie aufgrund der dortigen Sozialstruktur als Aufstand des Proletariats. Die Aktivisten und Führer der Republik Donezk müssten die sozialen Interessen der eigenen Bevölkerung erkennen und darauf ein von der Ukraine und Russ-

⁴ http://news.liga.net/print/interview/politics/2348621-gleb_pavlovskiy_rossijskoe_tv_kontroliruet_myshlenie_kremlya.htm

⁵ <http://kprf.ru/party-live/cknews/130223.html>

⁶ <http://www.alternativy.ru/en/node/11378>

land unabhängiges Gebilde aufbauen. Moskaus unentschlossene Haltung, die keinen aktiven Einsatz für die ostukrainischen Gebiete vorsehe, kritisiert er ebenso wie das Unvermögen ukrainischer Majdan-Aktivistinnen, in ihrer Beurteilung zwischen russischer Regierung, Elite und Gesellschaft zu unterscheiden, während sie ihr eigenes Land durchaus differenziert betrachteten. Die Losungen über den Zusammenhalt der slawischen Brüder von russischer Seite seien eher als innenpolitische Propaganda zu einzuschätzen, denn als tatsächliches außenpolitisches Programm. «Weder die Kiewer noch die Moskauer Intelligenzija konnte sich vorstellen, dass Arbeiter und städtische Unterschicht, Familienmenschen mittleren Alters, bis vor kurzem apolitische russischsprachige Arbeitspferde, auf die Straße gehen und sich auch noch selbstständig organisieren.»⁷

Nicht nur Boris Kagarlitzkij und das IGSO mit dem nahestehenden Online-Forum Rabkor, sondern auch weitere linke Gruppierungen, oder zumindest Teile davon, wie die «Levyj Front» (Linke Front) mit ihrem seit Juli 2014 wegen «Organisation von Massenunruhen» inhaftierten Anführer Sergej Udaltsov, die ROT FRONT (Russische Vereinigte Arbeiterfront) oder die Union der kommunistischen Jugend (SKM) befürworten die Unabhängigkeit ostukrainischer Territorialgebilde. Die Bewohnerinnen und Bewohner von Lugansk und Donezk werden von diesen Kräften unter anderem als Zielpublikum für Weiterbildung über linke Ideen gesehen.

Trennscharf können patriotische Stimmungen im Spektrum der benannten Kräfte nicht isoliert werden. Die DNR-Führung bedient sich aktiv am sowjetischen Symbolfundus und zieht mit den Leitparolen zur Nationalisierung von Unternehmen und Widerstand gegen den Faschismus diejenigen Linken an, die sich an der Sowjetunion und ihrer Großmachtstellung orientieren. Eine solche Haltung muss nicht mit verstaubter Rückwärtsgewandtheit präsentiert werden, wie die SKM-Aktivistin Olga Ivanova in ihren Youtube-Beiträgen zur Unterstützung der ostukrainischen Unabhängigkeit oder der russischen Außenpolitik beweist: Mit einem Korb Tomaten auf dem Kopf singt sie ein Lied über Parmesan und Jamón, die zum Symbol der russischen Gegensanktionen avancierten Lebensmittel, deren Fehlen von berühmten Exponenten der Liberalen beweint wird, während die einfachen Menschen nun anstatt Weine aus Übersee die günstigeren von der Krim genießen können.⁸

Die Organisation «Nationalbolschewistische Partei» (NPB) von Eduard Limonov, der aus dem ostukrainischen Charkov stammt, nimmt wegen ihrer Positionen für soziale und nationale Gerechtigkeit, ausgehend von einer «imperialistischen Dominanz Russlands in der Außenpolitik», eine besondere Rolle in diesem Gefüge ein. Freiwillige aus den Reihen der NPB unterstützen die Unabhängigkeitskämpfer in der Ostukraine. Neben politischen Rechten und einem Status des Russischen als Nationalsprache fordert die NPB auch die Zerschlagung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Diejenigen linken Bewegungen oder Teile davon, die sich auch allgemein stärker vom sowjetischen Erbe distanzieren, kritisieren sowohl die Kiewer Regierung als auch die Donezker Volksrepublik. Dazu gehören die Russische Sozialistische Bewegung (RSD), die russische Sektion des Komitees für eine Arbeiterinternationale (KRI), der anarcho-antifaschistische Rot-Schwarze Block und die Bewegung «Autonome Aktion». Ein Aufruf zur antifaschistischen Demonstration am 4. November in St. Petersburg verdeutlicht diese Linie: «Die Regierung Russlands will weismachen, Hauptfeind sei der *banderovec*. Die Regierung der Ukraine will weismachen, der Hauptfeind sei der sogenannte *vatnik*. Das gab es aber noch nie, dass Kriege für nationale Interessen dem einfachen Volk Nutzen gebracht hätten, die eigentlich die Interessen der Beamten und Kapitalisten sind. An diesen Kriegen bereicherten sich immer ausschließlich die Kapitalisten und die Machthabenden. Genau das geschieht jetzt im Südosten der Ukraine: Der ukrainische Staat festigt seine Positionen in der Gesellschaft und befruchtet ultrarechte Bewegungen, die auf Befehl von oben bereit sein werden, jeden Protest zu ersticken. Der russische Staat heizt den Krieg an, begleitet von totaler Propaganda mit allen möglichen Mitteln. Was hat das Volk des Donbass vom Krieg? Zerstörte Häuser, Tod von Nahestehenden und Hunger. Was haben die Einwohner Russlands vom Krieg in der Ukraine? Den Zerfall des Rubel-Kurses, die Verschlechterung der Lebensqualität und den Tod derjenigen, die für die Interessen von Politikern und Oligarchen in den Krieg zogen.»⁹

Ähnliche Positionen sind, ausgehend von unterschiedlichen ideologischen Standpunkten, auch in den analytischen Kanon eingegangen: «Als grundsätzliches Bindemittel für eine nationale Politik diente immer und dient auch heute die Suche nach einem äußeren Feind, gegen den man sich mit vereinigten Kräften zur

⁷ <http://subscribe.ru/digest/economics/society/n1509491197.html>

⁸ <http://francheska2017.livejournal.com/414679.html>

⁹ http://vk.com/redblackblog?w=wall-30806546_17059 (*banderovec* – Anhänger Stepan Banderas, ukrainische Nationalist oder pejorative Benennung für Ukrainer im allgemeinen; *vatnik* – wörtlich Wattejacke, pejorative Bezeichnung für russische Patrioten oder Russen)

Wehr setzen muss. Ein solcher *modus operandi* wurde auch dem ukrainischen Volk vorgeführt. Zu Beginn diente diese Suche vortrefflich als Zement, der die Nation zusammenhielt und sie gegen den Feind von außen richtete, als der zuerst der Bösewicht Janukowitsch und später Russland identifiziert wurde. Dieser Mechanismus wurde in der Ukraine während der letzten dreiundzwanzig Jahre perfektioniert. Er hat nur einen Nachteil: Er verschleißt das Land und entzieht ihm die Lebensenergie. Das scheint aber diejenigen wenig zu stören, die die Bürger der Ukraine grausam und scheinheilig abnutzen.»¹⁰

Die Anti-Kriegs-Aktionen in Moskau und St. Petersburg führten zu weiteren Uneinigkeiten innerhalb der linken Gruppen, die sich gut an den Kommentaren zu diesen Aktionen aufzeigen lassen. Während die liberalen Initiatoren den «Friedensmarsch» am 21. September in Moskau in eine undifferenzierte und scharf kritisierte Anti-Putin- und Pro-Ukraine-Veranstaltung verwandelten, waren Linke bemüht, das Motto einzulösen und eine antimilitaristische Haltung zu demonstrieren. Sergej Kozlovskij von der RSD begründet seine Teilnahme wie folgt: «Die Position des Organisationskomitees war im Vorfeld bekanntgegeben worden: Wir kritisieren die russische Führung und lassen keine Kritik am offiziellen Kiew zu. Eine Verurteilung der ukrainischen Regierung, die im Donbass eine blutige «Antiterror-Operation» durchführt, wird in erster Linie von Linken erwartet. Deshalb wurden in den Tagen vor dem Marsch in einigen oppositionellen Medien Materialien veröffentlicht, die die Linken als vom Kreml gelenkte Provokateure diskreditieren sollten. Diejenigen Organisationen und Gruppen, die trotzdem am Marsch teilnahmen, hatten offenkundige Probleme mit der Mobilisierung von Gleichgesinnten. Nichtsdestotrotz und ungeachtet der zu erwartenden Schwierigkeiten, trat der linke Block als «Antimilitaristische Koalition» auf und vereinigte Anarchisten, Sozialisten – darunter Mitglieder der RSD, Feministinnen und LGBT-Aktivisten. Im Unterschied zu anderen Blöcken benutzen die Teilnehmenden der Koalition weder russische noch ukrainische Staatssymbolik und demonstriert so ihren Unwillen, sich mit einer Seite des von Oligarchen angezettelten bewaffneten Konflikts zu solidarisieren.»¹¹

Zu den Organisationen, die nicht teilnahmen, gehört die Linke Front: «Die «Linke Front» enthält sich der Teilnahme am heutigen sogenannten Friedensmarsch. Wir treten für eine konsequente Anti-Kriegs-Position ein, deshalb halten wir die Unterstützung und Befürwortung einer der Kriegsparteien für unzulässig. Nichtsdestotrotz werden unsere Agitatoren den einfachen Bürgerinnen und Bürgern, die zu der Veranstaltung gekommen sind, unsere Position vermitteln. Friede den Hütten, Krieg den Palästen! Nieder mit den Kiewer und Moskauer Oligarchen! Krieg dem Krieg!»¹² Trotz dieser Erklärung, keine der Seiten zu unterstützen, ließ Sergej Udalov aus der Strafkolonie verlauten: «Für mich sind in diesem Konflikt die Kiewer Machthaber das klare Übel. Die Mischung aus zynischen Oligarchen und scharfmacherischen Nationalisten ruft nichts als Ablehnung und Abscheu hervor. Nur die Einwohner von Novorossija haben das Recht, über Krieg und Frieden zu entscheiden, in erster Linie die Rebellen, die in den letzten Monaten mutig für die Unabhängigkeit gekämpft haben. Wenn sie den Kiewer Strafbataillonen verzeihen können, wenn sie mit den Bedingungen für den Frieden einverstanden sind, dann soll es so sein. Wenn sie es aber für unabdingbar halten, ihren gerechten Kampf weiterzuführen, dann ist das ihr Recht. Denn sie und niemand anders haben ihr Blut vergossen und ihre Leben riskiert, und nicht diejenigen, die in warmen Büros und Wohnungen wertvolle Anweisungen gegeben haben.»¹³

In St. Petersburg hatten Linke bereits Ende August eine eigene Antikriegs-Aktion durchgeführt, deren Grundhaltung der RSD-Aktivist Vladimir Plotnikov mit deutlichen Worten zusammenfasst: «Ich habe keine Illusionen, was die Marionetten-Regime der DNR und LNR betrifft, bei denen es sich um Kreml-gesteuerte Juntas handelt, deren Macht auf Gewalt und Lüge beruht. Gewalt – das sind die Maschinengewehre und Granatwerfer der Kämpfer, teilweise zugewanderte Banditen und Söldner, teilweise Kriegsveteranen und professionelle Mörder, sowie einige zur Verzweiflung getriebene Einwohner, die sich vom eigenen Land verraten fühlen und zu den Waffen gegriffen haben. Die Lüge – das ist die eigentliche Idee hinter dem sogenannten Novorossija, das mit den Traditionen und der Kultur des ukrainischen Ostens nichts zu tun hat. Ich habe keine Illusionen, was das neue Kiewer Regime betrifft, das auf der systematischen Ausplünderung der Arbeitenden im Interesse der Oligarchen und des internationalen Finanzkapitals begründet ist. Die nationalistische Hysterie, von neofaschistischen Organisationen und Politikern aufgebläht, zieht die Ukraine direkt in den Abgrund der Verelendung und der internen Xenophobie. Die Leitung der «Antiterror-Operation», die die Bevölkerung des Ostens vor Terror und imperialistischen Kämpfern schützen sollte, tötet friedliche Bürger grausamer und in größerem Umfang als die kriminellen Formationen der «Rebellen».

¹⁰ Der Publizist und Schriftsteller Platon Besedin im Forum „Svobodnaja Pressa“ (Freie Presse) <http://svpressa.ru/politic/article/97235/?mra=1>

¹¹ http://anticapitalist.ru/analiz/oppozicziya/paradoksyi_marsha_mira.html

¹² http://vk.com/leftfront_ru?w=wall-35430381_3261

¹³ <http://svpressa.ru/blogs/article/98695/>

Die kriegerischen Handlungen der ukrainischen Seite werden mit minimaler Rücksicht auf die Interessen der Bewohner der Region durchgeführt. Das führt dazu, dass alte Menschen und Kinder leiden und sterben, während die Führer der Separatisten neue Siege davontragen.»¹⁴

Das ohnehin stark zersplitterte linke Spektrum in Russland hat mit der Krise der Ukraine, insbesondere in der Frage, ob die Unabhängigkeitsbestrebungen im Osten des Landes unterstützt werden sollten, eine neue Trennungssachse in sein System der gegenseitigen Befürwortung und Ablehnung geschmiedet.

*Tiina Fahrni ist Büroleiterin des Moskauer Büros der Rosa Luxemburg Stiftung.
Oktober 2014*

¹⁴ http://anticapitalist.ru/analiz/tovarishhi/protiv_mezhdousobnoj_ksenofobii_ili_pochemu_ya_idu_na_antivoennyij_miting_30_avgusta.html